

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Seiten
ist im Jahre monatlich 200 Mark
enthalten. — Fernsprechnummer
12345. — Anzeiger Nr. 236.
Telegraphische Anzeiger Nr. 236.

Belegpreis: Durch unsere Seiten
ist im Jahre monatlich 200 Mark
enthalten. — Fernsprechnummer
12345. — Anzeiger Nr. 236.
Telegraphische Anzeiger Nr. 236.

Nr. 236

Montag, den 9. Oktober 1922

17. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. A. H., M. d. R.

Das Märchen von den Franzosen als einer kühnen Nation ist in der Vergangenheit, vor allem von den Franzosen selbst, der Welt so oft und so ausbreitend erzählt worden, daß es jetzt schwer fällt, die öffentliche Meinung der Welt davon zu überzeugen, daß der Grundzug des französischen Volkcharakters alles andere als Ritterlichkeit ist. Nach und nach beginnt sich aber doch ein tiefer Abscheu gegen die Alte der Kultur zu entwickeln, die Frankreich gegen Deutschland an Rhein begehrt. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist die Auslassung eines amerikanischen Offiziers, Edward J. De Blant, der vor kurzem in einer Zeitschrift seines Heimatlandes seine amerikanischen Mitbürger auf die schwarze Schmach am Rhein mit den Worten hinwies: „Wenn das amerikanische Volk nur die Hälfte wüßte von dem, was wir amerikanischen Soldaten gesehen haben, so würde es im gerechten Zorn aufstehen. Zur ewigen Schande von Frankreich muß gesagt werden, daß nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes gerade diese Bestien zur Bewachung des deutschen Volkes nach Deutschland geschickt wurden. Wenn das amerikanische Volk auch nur einigermaßen die Wahrheit über diesen Krieg wüßte, so würde es uns unterstützen, wenn wir sagen: Niemals wieder wollen wir an der Seite von England und Frankreich kämpfen!“ Die deutsche Regierung hat es in der Hand, diesen Erkenntnisprozess der Wahrheit über die Kulturschande am Rhein wesentlich zu fördern. Es ist unserer nicht würdig, wenn im Reichstag in Form von kleinen Anfragen alle diese schmachvollen Uebergriffe ungedeckelter Truppen mühsam ans Licht gezogen werden; viel wirksamer würde es sein, wenn die Regierung aller vier Wochen von sich aus in einer kurzen amtlichen Darstellung alle die Schandtatens bekenntnisse wüßte, die dort am Rhein begangen wurden. Diese Darstellung bedürfte gar keiner besonderen äußeren Aufmachung, sondern die einfachen Tatsachen würden auch auf die öffentliche Meinung der Welt erschütternd wirken, und durch eine ständige und regelmäßige Wiederholung die Welt aufhorchen lassen. Gerade jetzt ist zur Einleitung eines solchen Verfahrens die beste Zeit, da sich Frankreich ansetzt, eine neue schwere Kulturwidrigkeit zu begehen. Deutschland hatte vor dem Kriege für die Ausstellung in Lyon eine Reihe besonders wertvoller deutscher Kulturdenkmäler zur Verfügung gestellt. Jetzt schreitet Frankreich dazu, die für diese Ausstellung zur Verfügung gestellten Handschriften des Frankfurter Goethehauses öffentlich zu verfeigern. Auch eine Verfeigerung der von den deutschen Landesversicherungsanstalten und Arbeitsnachweisen seinerzeit überlieferten Ausstellungsstücke steht bevor. Dieses Vorgehen ist so ungeheuerlich und widerspricht so sehr den Gesinnungen gesitteter Völker im Verleiste untereinander, daß es nicht scharf genug gebremst werden kann. Von amtlicher Stelle hat man bisher in Deutschland selbst noch nichts in dieser Beziehung gehört; es ist dies um so bedauerlicher, als in Frankreich selbst sich das Gewissen zu regen beginnt. So sagt der Temps: „Die Verfeigerung wäre ein Skandal, den die Ehre Frankreichs nicht duldet; Goethe darf nicht zum Kaufgegenstand werden“, und in Belgien schreibt Paffelocq in der Libre Belgique: „Verfeigerung der Goethereliquien? Das ist nicht möglich; das kann nicht wahr sein“. Einem planmäßigen und organisierten Widerstand wird es nicht unmöglich sein, diesen unerhörten Verlust deutscher Kulturdenkmäler zu verhindern. Auch hier verlangt es schon die Würde der deutschen Regierung, von sich aus die nötigen Schritte zu ergreifen und bekanntzugeben, ehe sie durch eine Anfrage oder Interpellation im Reichstage hierzu veranlaßt wird.

Es darf gerade jetzt nichts verkannt werden, um das Gewissen Europas immer wieder von neuem gegenüber dem schweren Unrecht aufzurufen, das Deutschland, vor allem von Seiten Frankreichs, zugefügt wird. Mit Vergnügen ist es zu begrüßen, daß der Reichskanzler Wirth in den letzten Tagen in dieser Beziehung aus seiner Reserve herausgetreten ist. Wie wirksam dieses Vorgehen war, zeigt der Widerhall in der ausländischen Presse. So wird in der Stockholmer Aftenska sagt: „Die Auflockerung des Versailler Friedens schreitet ununterbrochen fort, wenn nicht durch politische Handlungen, so durch Schwächung seines Grundpfeilers, des Kriegsschuldparagrafen; Wirth wendet sich an die Forschung und an Europas Gewissen, Instanzen, gegen die kein Appell möglich ist; die vor diesen Richtern unterliegende Partei wird schließlich das Spiel verloren haben, auch wenn sie ihre Bajonette und ihre Kampfflugzeuge verdoppelt.“ Diese Auslandstimme zeigt deutlich, daß es sehr wohl möglich ist, im moralischen Kampfe gegen unsere Feinde in der Welt Bundesgenossen zu gewinnen.

Eine gleiche Bundesgenossenschaft für die bevorstehende Aufrollung der Reparationsfrage zu finden, wird nicht unmöglich sein. Trotz der Verwickelung im nahen Orient nimmt das Zustandekommen einer großen Konferenz zur Regelung der Reparationsfrage erfreulicherweise immer greifbarere Gestalt an. Die Brüsseler Regierung bemüht sich mit Nachdruck gesunde Vorbedingungen für diese Zusammenkunft zu schaffen. Selbst in Frankreich mehren sich die Stimmen der Vernunft, und der Temps muß zugestehen, daß es nötig sein wird, die deutschen Schulden durch eine internationale Anleihe zu mobilisieren, und daß die in Betracht kommenden französischen Persönlichkeiten davon überzeugt sind, daß die Brüsseler Konferenz nur dann Aussicht auf Erfolg haben könne, wenn mit den alten Methoden des Zwanges und der Drohung ein Ende gemacht werde.

So erfreulich diese Anzeichen auch sind, so wird für die allernächste Zeit doch das außenpolitische Bild auch für Deutschland durch die Krisis im Orient beherrscht werden. In welcher empfindlicher Weise dies der Fall ist, zeigt der neue Sturz der Marl. Zu einem erheblichen Teile ist er zweifellos darauf zurückzuführen, daß eine für Deutschland erträgliche Regelung seiner Verpflichtungen durch den Konflikt im Orient insofern mindestens gefährdet ist, als der unerlässlichen Voraussetzung zu einer solchen Regelung damit starke Gemeinnisse entgegenstehen. Diese unerlässliche Voraussetzung ist in einer Regelung der finanziellen Verbindlichkeiten der Ententestaaten unter sich und im Verhältnis zu Amerika zu erkennen. Solange kriegerische Verwicklungen am Bosphorus drohen, kann von einer solchen friedlichen Auseinandersetzung über die gegenseitigen Verbindlichkeiten nicht die Rede sein. Es muß deswegen auch von deutscher Seite gehofft werden, daß die Konferenz von Mudania den Weg zu einer friedlichen Verständigung ebnet. Die Lösung des Konfliktes selbst wird diese Konferenz ebensowenig bringen können, wie eine Lösung des ganzen großen Orientproblems, aber es wird doch schon viel gewonnen sein, wenn in Mudania sich Auswege aus der zunächst heillos verworrenen Lage öffnen. England wird gewiß nichts unversucht lassen, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die keine Orientpolitik geraten ist. Es ist doch tatsächlich so, daß die britischen Truppen von den kemalistischen Divisionen eingeschlossen und abgeriegelt sind, daß das englische Prestige vor allem in der mohamedanischen Bevölkerung einen starken Stoß erlitten hat, und daß die britische Außenpolitik ihrer Bewegungsfreiheit zunächst beraubt ist. Solange sie die Bewegungsfreiheit nicht wieder erlangt hat, besteht immer die Gefahr, daß sie versuchen wird, sich durch Konzessionen zu Lasten Deutschlands Frankreich gegenüber frei zu machen. Deutschland vermag derartige neue Belastungen nicht. Es wird immer deutlicher, daß wir einem in wirtschaftlichen und politischen Hinsicht schweren Winter entgegengehen. Neue Teuerungswellen werden neue Abhänge und Gestaltforderungen und umgekehrt auslösen. Die Frage der Erhöhung des Preises für das erste Drittel der Getreideumlage wird eine harte Probe auf den Bestand der derzeitigen Regierungskoalition bringen. Noch ist ein Ausweg nicht erkennbar. Vielleicht kann er darin gefunden werden, daß man das erste Drittel nicht erhöht, wohl aber das zweite Drittel; dieses aber nur für diejenigen, die bis zu einer gewissen Frist ihrer Ablieferungsfrist für das erste Drittel nachgelassen sind. Auf diese Weise vermeidet man eine jetzt schon einsetzende Verteuerung des Brotes und läßt die Erhöhung des Umlagepreises wie eine Steuerungsprämie wirken. Eine Lösung dieser innerpolitischen Schwierigkeit muß unbedingt gefunden werden, denn die Lage Deutschlands vermag gerade jetzt keine innere Krise oder gar eine Neuwahl des Reichstages. Ueberall fordern die Dinge gebieterisch eine Zusammenfassung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte.

Mordprozeß Rathenau.

Sensationeller Zwischenfall.

Vor Beginn der Sonnabendverhandlung verbreitete sich im Gerichtssaal das Gerücht von einer schweren Erkrankung verschiedener Angeklagter. Bald war auch Näheres bekannt: Gänther und Jsemann hätten Choleraepidemien erlitten. Ihren Genossen davon abgeben und eine Anzahl der Angeklagten sei erheblich erkrankt. Die tollsten Bemerkungen gingen um: Die Angeklagten sollten vergiftet werden; es liege ein kommunistischer Anschlag, ein Mordakt der Gemeine an den Schwärzern Gänther und den allzu moralischen Jsemann, oder eine Vorbeugungsmaßnahme rechtsradikaler Kreise, weil diese Aussagen Gänthers und Jsemanns zu verurteilen. Die Tatsache wurde indes nur bekannt, daß mehrere Angeklagte nach dem Genuss von Schokolade, die Gänther und Jsemann ins Gefängnis geschickt worden war, erkrankt waren. Die Angeklagten aber vollständig

erkrankten, betrachtete man die Sache jedoch. Nur berichtet das geschäftige Gyn und Her der Verteidiger und der Richterhatter, daß etwas Besonderes vorgefallen sein mußte. Auch sahen einige Angeklagte Bleich aus als sonst, und eine nervöse Unruhe schien sie erfasst zu haben. Im Zuschauerraum wurden die tollsten Bemerkungen erbetet; sie wurden immer toller, je länger der Gerichtshof, der sonst pünktlich 9 Uhr erschien, auf sich warten ließ. Erst um 1/10 Uhr betrat er den Sitzungssaal. Er hatte inzwischen die Gutachten der Ärzte und die Wünsche der Angeklagten gehört. Außer Gänther und Warnede waren alle Angeklagten verhandlungsbereit. Besonders Allessen wollte weiter im Trommelfeuer des Kreuzberghaus stehen, obwohl seine Verteidiger fürchteten, daß er sich jeden Augenblick auf der Anklagebank übergeben würde.

Senatspräsident Dr. Hagens verkündete dann unter allgemeiner Spannung den Beschluß des Gerichtshofes: Die Verhandlung wird unterbrochen und auf Montag 9 Uhr vertagt. Der Präsident teilt mit, daß Gänther und Warnede durch den Genuss von Schokolade ernstlich erkrankt seien. Die Verhandlungsbereitschaft sei bei Warnede ausgeschlossen, bei Gänther befänden starke Zweifel. Der Gerichtsarzt habe erklärt, daß die beiden Angeklagten am Montag wieder verhandlungsbereit sein würden. Die Verhandlung müsse unterbrochen werden, da die Strafprozessordnung vorschreibt, daß die Verhandlung fortwährend sein müsse und nur in Ausnahmefällen sämtlicher Angeklagten stattfinden könne.

Das Publikum nahm die Entscheidung des Gerichtshofes ruhig auf. Aber außerhalb des Saales bildeten sich Gruppen, die eifrig debattierten. Die meisten Angeklagten freuten sich über die Unterbrechung, da sie stark ermüdet sind. Gänther und einige andere werden sich aber den Fall sicher auch noch aus anderen Gründen freuen: Von neuem werden sie, die berüchtigt werden wollen, zum Tagesgespräch, und besetzt mit dem Nimbus von Märtyrern, die so wichtige Persönlichkeiten sind, daß Witzanschläge gegen sie ausgedeutet werden.

Zu der Angelegenheit erfahren wir noch:

In der Verhandlung am Freitag wurde der Angeklagte Gänther zweimal hintereinander unwohl, so daß schließlich die Sitzung abgebrochen und vertagt werden mußte. Gänther behauptete, daß seine Unwohlsein auf den Genuss eines Herings zurückzuführen sei, den er am Tage zuvor in der Gefangenschaft zum Mittagbrot bekommen hatte. In der Nacht zum Sonnabend trat aber die gleiche Erscheinung bei den Angeklagten Allessen, Warnede, Pfaff, Jsemann, Steinbeck und bei dem älteren Lechow auf. Sie bekamen Durchfall und klagten über heftiges Kopfschmerz. Am Sonnabend morgen jedoch fühlten sie sich etwas wohler, so daß sie der Ueberführung mit dem Gefangenewagen vom Polizeigefängnis zum Reichsgericht zustimmen konnten. Warnede hingegen, der sich besonders matt fühlte und sehr blaß aussah, wurde zu Fuß zum Gerichtssaal gebracht. Er brach unterwegs zusammen, so daß ein Wagen geholt werden mußte.

Die eingeleitete ärztliche Untersuchung durch den Gerichtshofemitter Sanitätsrat Dr. Otto Schütz ergab, daß das Unwohlsein der Gefangenen nicht auf den Genuss von Speisen in der Gefangenenanstalt zurückzuführen ist. Die weitere Untersuchung führte zu der Feststellung, daß Gänther Freitag vormittag eine Schachtel mit Pralinen in der Packung einer Berliner Firma ausgehändigt worden ist. Ebenso hatte Jsemann ein Päckchen mit Schokoladenpralinen erhalten. Die Schachteln waren angeblich Liebesgabenpakete, die über die Gefangenenanstalt Berlin-Weißhof gekommen sind. Der Absender war nicht festzustellen.

Meerengenkonferenz der Uferstaaten.

Die Pariser Besprechungen über den Orient, die gestern vormittag und nachmittag fortgesetzt wurden, haben, wie zu erwarten war, zu einer Kompromißlösung geführt. Die Verbündeten haben in der Sonntagsberatung beschlossen, den Türken in Mudania folgende Regelung der irrazischen Frage vorzuschlagen: Die griechischen Truppen haben Thrazien sofort bis zur Mariza-Delta zu räumen. Es steht der griechischen Zivilbevölkerung frei, das Land mit den Truppen zu verlassen. Die Räumung muß in 8 bis 10 Tagen durchgeführt sein und wird von den Verbündeten überwacht. Die verbündeten Großmächte erkennen die sofortige Rückgabe von Ostthrazien bis zur Mariza-Delta unter die türkische Souveränität an, desgleichen nach dem Abzug der Griechen die Wiederherstellung der türkischen Zivilverwaltung und Rückkehr der türkischen Bevölkerung. Das Land bleibt noch einen Monat von der Wiedereinsetzung der türkischen Behörden ab durch verbleibende Truppenabteilungen.